



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Martin Wagle CSU

Drs. 18/3606, 18/5202

Mehr Verkehrssicherheit durch Abbiegehilfen: Kommunen sollen schnell und individuell reagieren können

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, die Förderung für Nachrüstungen von Lkw-Abbiegeassistenten fortzusetzen.

Ebenso begrüßt der Landtag, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzt, dass Abbiegeassistenzsysteme für Lkw europaweit zur Pflicht werden.

Bis die freiwillige Nachrüstung und die von der EU für 2024 geplante Assistenten-Pflicht Wirkung entfalten können, vergeht jedoch viel wertvolle Zeit, in der Menschenleben besser geschützt werden könnten. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Abbiegeassistenten für alle Lkw in der EU so schnell wie möglich zur Pflicht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darzustellen, welche weiteren Maßnahmen in Betracht gezogen werden, um die Verkehrssicherheit an gefährlichen Kreuzungen zu erhöhen und dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen dieses Berichts darzustellen, inwieweit es sinnvoll wäre, dass wie in Österreich Kommunen Lkws ohne Abbiegeassistenten das Rechtsabbiegen untersagen können.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident